

17. APR. 1914

Nummer 16

Hamburg, den 18. April 1914

27. Jahrgang

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einheit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: Montag mittags 1 Uhr.
Vereins-Anzeigen werden mit 20 Pf. für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet

Unehrlich und demagogisch.

Die „Baugewerkschaft“ ist entrüstet, weil sie in unserm Flugblatt nicht das gefunden hat, was sie zu finden hoffte. Sie möchte sich doch bei den kirchlichen Würdenträgern, denen sie mit samt ihren christlichen Gesinnungsgenossen ein Dorn im Auge ist und die die christlichen Gewerkschaften nur dulden, „solange diese Duldung nicht aufhört, zweckmäßig und zulässig zu sein“, wieder in empfehlende Erinnerung bringen und ihre Nützlichkeit im Kampfe für Thron und Altar darthun. Das ließe sich am besten durch eine frisch-schönländische Hege gegen die „vaterlandslosen“ und „religionsfeindlichen“ freien Gewerkschaften erreichen. Wer gegen die kämpft, der kann immer noch geduldet werden, auch wenn er sich formell nicht auf den Standpunkt der katholischen Fachabteilungen stellt. Und je schamloser dieser Kampf geführt wird, um so größer ist das Ansehen bei den kirchlichen Aufsichtspersonen, die der Papst über die christlichen Gewerkschaften gesetzt hat, desto weniger hört die Duldung der christlichen Gewerkschaften auf, zweckmäßig und zulässig zu sein, und desto weniger haben die christlichen Gewerkschaften das Verbot vom Papste zu befürchten.

Weil nun die „Baugewerkschaft“ im Verhältnisse unseres Verbandes absolut keinen Grund findet, sich in der von den kirchlichen Würdenträgern gewünschten Richtung zu betätigen, bricht sie gewaltsam einen Streik vom Jann, wärem sie in ihrer letzten Nummer alte und schon unglücklich wiederholte Lehrsätze auf, die die Religionsfeindschaft unseres Verbandes darthun sollen. Dieses Beginnen ist geradezu unverfänglich, deshalb unverfänglich, weil die „Baugewerkschaft“ ganz genau weiß, daß den gläubigen Christen in unserm Verbande nie auch nur das mindeste in den Weg gelegt worden ist. Sie weiß, daß unser Verband wirtschaftliche Ziele verfolgt, genau wie die Unternehmerverbände wirtschaftliche Ziele verfolgen und daß er deshalb alle Berufsangehörigen ohne Rücksicht auf politische und religiöse Belohnungen aufnimmt, genau wie die Unternehmerverbände und — auch der christliche Bauarbeiterverband Anhänger aller politischen und religiösen Richtungen aufnimmt.

Oder will die „Baugewerkschaft“ etwa leugnen, daß im christlichen Bauarbeiterverbande neben den christlichen Bekenntnissen des christlichen Glaubens auch Atheisten organisiert sind? Daß in ihm neben Anhängern nationaler Parteien auch Sozialdemokraten Mitglieder sind? Sie weiß ganz genau, daß von ihren Anhängern dort, wo diese die Macht haben, alles ohne Rücksicht auf politische und religiöse Ausprägung in ihren sogenannten christlichen Bauarbeiterverband hineingepreßt wird. Hineingepreßt; denn nirgends gilt der Grundsatz: „Und müßt du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein“, so unverhohlen, wie dort, wo die christlichen Gewerkschaften die Macht haben. Die christliche „Baugewerkschaft“ hätte auch gar nichts dagegen, wenn sie die gesamten Bekenner des Sozialismus und selbst des Atheismus zum christlichen Bauarbeiterverband hinzurechnen könnte. Darum geben sich ja auch die christlichen Agitatoren so viel Mühe, durch die Hege gegen unsere „hohen“ Beiträge uns möglichst viele Mitglieder abspenstig zu machen. Wie man dabei zu Werke geht, das beweist folgender Brief unseres Zweigvereins Maschinenbauers aus unserm Verbandsvorstand:

Werte Kollegen! Ich erlaube dem Kollegen Sch. ein neues Buch auszusenden. Sch. ist bei uns seit 14. 6. 1910 Mitglied gewesen. Zwei Vertreter des christlichen Verbandes haben bei seiner Frau unser Buch abgeholt ohne Wissen von Sch. Sch. bleibt bei uns Mitglied; unser Buch hat die christliche Zentrale in Berlin. Mit bestem Gruß usw.

Das ist nur einer von den zahlreichen Fällen, die unserm Verbandsvorstand und uns in den letzten Wochen gemeldet worden sind. Daß auch die Arbeiter, gleichwie die Unternehmer, eine einheitliche Organisation

haben müßten, das hat gerade die „Baugewerkschaft“ im Kampfe gegen die Facharbeiter unzähligmal erklärt. Sie will eine einheitliche Organisation, die alle Berufsangehörigen, auch Sozialisten und Atheisten, umfassen soll; aber — diese einheitliche Organisation soll der „christliche“ Bauarbeiterverband sein!

Denn „christlich“ nennt sich ja dieser Verband nur zur Reklame; das Christentum dient ihm nur als Anhängsel. Er prahlt damit ebenso geschwätzig, wie die Katholiken prahlen, als sie ihren Glauben auf Markt und Gassen verhandeln. Das ist das Widerliche, was sein empfindende Menschen von diesem Verbande geradezu abstößt muß. Die deutschen Bischöfe haben bekanntlich im Einvernehmen mit dem Papste die christlichen Gewerkschaften unter Vormundschaft gestellt; die christlichen Gewerkschaften aber erklären, entgegen den Befehlen des Papstes, selbständig bleiben zu wollen. Auch die „Baugewerkschaft“ hat kürzlich erklärt, der christliche Verband werde seine Entschuldigungen nur nach eigenem Ermessen fassen. Er preist also auf die Befehle des Papstes und der Bischöfe. Wir haben dagegen nichts einzuwenden; wir wissen im Gegenteil, daß der christliche Verband gar nicht anders handeln kann, wenn er die Interessen seiner Mitglieder vertreten will. Aber dann mag uns die „Baugewerkschaft“ mit solch pharisäischer Heuchelei verschonen.

Verschonen? Sie muß doch etwas gegen uns sagen! Und da sie etwas Sachliches gegen uns nicht zu sagen weiß, deshalb dieses demagogische Religionsgeheiß. Damit sucht man den Mangel an sachlichen Gründen zu verdecken und die Notwendigkeit des christlichen Bauarbeiterverbandes zu beweisen. Und was weiß die „Baugewerkschaft“ ausführen, um die angebliche Religionsfeindschaft unseres Verbandes darzutun? Die Tatsache, daß der frühere Maurerverband im Jahre 1905, also vor bald zehn Jahren, das „großmögliche“ Buch „Arbeit und Kultur“ herausgab, und daß der „Grundstein“ 1904 schrieb, die Welt habe sich nach einem, unvorhersehbaren, natürlichen Gesetz in unzufällige Zeiten einteilen werden — eine wissenschaftliche Leugnung, die heute selbst von wissenschaftlich gebildeten Leuten als selbstverständlich angesehen wird. Weiter bringt sie wieder das nun schon fast zu Lode gehetzte Zitat, das der „Grundstein“ 1909 über die Schamlosigkeit der Einrichtung Zirkers brachte, sowie zwei Zitate aus dem „Zimmerer“. Das ist das Nützliche, mit dem die „Baugewerkschaft“ der Wahrheit Gewalt antun und unsern Verband zu einem Bund gegen die Religion zu stempeln versucht! O du arme Heuchelei! — verhandle dein Gamp. Tausche in tiefe Reuel hinab, damit du unschätzbare wirst; denn das klare Licht der Sonne läßt deine Blamage nur zu deutlich erkennen! Mit diesen Worten hat sich die „Baugewerkschaft“ in ihrem Artikel selbst verhöhnt.

Sind das etwa die weiteren rauchenden Klammerngeigen? Wenn die „Baugewerkschaft“ keine andere hat, dann mag sie sich begnügen lassen. Solch demagogisches Geheiß muß doch selbst für die Mitglieder des christlichen Verbandes zu durchsichtig sein, als daß damit eine Wirkung zu erzielen wäre. Aber vielleicht hat die „Baugewerkschaft“ noch etwas anderes als demagogisches Geheiß auf Lager, um die von ihr angeführte „Katastrophe“ unseres Verbandes — die, nebenbei bemerkt, in einem kräftigen Aufruf unserer Mitgliederzahl besteht — herbeizuführen. Dann, liebe „Baugewerkschaft“, — heraus mit deinem Federwisch! Wir haben bis jetzt im Interesse des friedlichen Zusammenarbeitens in der Tarifgemeinschaft vielleicht mehr als notwendig Rücksicht genommen und eine kleinliche Nabelstiche großmütig hingehen lassen. Willst Du den Kampf, etwa um den Unfall des christlichen Verbandes bei künftigen Lohnbewegungen rechtzeitig vorzubereiten — was ja in Anbetracht der kirchlichen Annahmen nicht ganz unwahrscheinlich ist —: wir tun bereit, wir spielen die auf. Aber Vorbereden, das dir heute schon gesagt sein lassen, wirst du bei deinem Kampfe nicht ernten!

Terroristen überall!

Das Koalitionsrecht ist frei. Nach § 152 der Gewerbeordnung kann sich in Deutschland jedermann organisieren wie er will. Trotzdem haben niederträchtige Gesetzesverächter jederzeit versucht, die Arbeiter durch Zwangsmittel von den Organisationen fernzuhalten, zu denen sie sich hingezogen fühlen und von denen sie allein eine wirkungsvolle Vertretung ihrer Interessen erwarten können. Früher haben sich diese Dreistigkeit fast ausschließlich die industriellen Scharmacher schimmelter Sorte erlaubt; in neuerer Zeit sind aber auch die sogenannten „Edelsten und Besten der Nation“ zur Anwendung des schlimmsten Terrorismus gegen die freigeschafften Arbeiter gekommen. Da hat sich vor einigen Jahren in Pommern ein sogenannter Bauernverband gebildet, dessen löbliches Bestreben es ist, in den pommerschen Landen unsern Verband den Garaus zu machen. Die Mitglieder dieses Terroristenverbandes wollen nur an solche Unternehmer arbeiten vergeblich, die keine freigeschafften Arbeiter beschäftigen. Wie das angestellt wird, zeigt folgendes Schreiben, das an die Bauunternehmer von Greifenberg in Pommern gerichtet wurde:

Greifenberg i. P., im März 1914.

Sehr geehrter Herr!

Wir erlauben uns, Ihnen die Mitteilung zu machen, daß 182 Mitglieder der drei landwirtschaftlichen Vereine des Kreises Greifenberg i. P. sich entschlossen haben, nur solchen Bauunternehmern die Ausführung von Bauten zu übertragen, die sozialdemokratisch organisierte Arbeitnehmer nicht beschäftigen.

Die Vorstände des Großgrundbesitzervereins:

des Kleingrundbesitzervereins	des Kleingrundbesitzervereins
Reptow a. d. M.	Greifenberg i. P.
und Umgebung:	und Umgebung:
Fuhrmann-Kietlow,	S. Witte, Renfrow.

Aber nicht nur Klein- und Großgrundbesitzer scheinen dem ehrlichen Bund der ordnungspolitischen Terroristen anzugehören, sondern auch ganze Städte machen den Fehlschlag gegen die freien Gewerkschaften mit. Dafür ist nachstehendes Schreiben ein Beleg:

Magistrat der Stadt Reptow a. d. M., den 28. März 1914.

Hiermit erteilen wir Ihnen auf Ihr Angebot vom 26. März 1914 auf Ausführung der Maurerarbeiten zum Wiederaufbau des Fortbauers Jungfernbrück zu den im Angebot angegebenen Einheitspreisen unter den dem Angebot angehängten, von Ihnen anerkannten Bedingungen sowie der besonderen Bedingung den Zuschlag, daß bei den Arbeiten Mitglieder der Angehörigen des Deutschen Bauarbeiterverbandes (freie Gewerkschaft) nicht beschäftigt werden dürfen. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung wird pro Mann und Tag eine Vertragsstrafe von M. 10 — je nach Maß — von Ihrem Guthaben in Abzug gebracht und zu unsern Gunsten einbehalten.

Sie verzichten auf alle Einreden und Einwendungen. Der Rechtsweg wird ausgeschlossen.

Weitgehende Zuschlags-Befähigung haben Sie uns umgehend unter schriftlich vollzogen zurückzugeben.

H. v. Wilmigrode.

Also der Magistrat der Stadt Reptow a. d. M. hat sich den gewerkschaftsfeindlichen Terroristen angeschlossen. Er glaubt es mit seinen Aufgaben vereinbaren zu können, aus denselben Verbänden Mitglieder herauszuerstrecken, die durch die Unterfütterung der Reichsregierung 1910 und 1913 zum Abschluß von Tarifverträgen mit den Unternehmern gekommen sind. Und der Magistrat der Stadt Reptow a. d. M. scheint das in der geradezu kindlich naiven Hoffnung zu tun, durch solch kindliche Terrorisierungsfinden den Geist der Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen aus der Arbeiterkraft herauszuerstrecken zu können. Die Terroristen werden sich täuschen! Die pommerschen

Arbeiter wären Sündsfötter, wenn sie die Vermählungen der Bauernverbandsterroristen nicht zu parieren wüßten. Sie brauchen in ihren Mitteln nicht besonders wählerisch zu sein; denn Leute, die so wie diese Herrschaften mit den guten Sitten umspringen, müssen darauf rechnen, daß man ihnen gegenüber auch Mittel anwendet, die man einem weniger brutalen Gegner gegenüber nicht anwendet. Wer so mit dem Begriff von Treu und Glauben spielt, wie die Leute im pommerischen Bauernverband, der braucht sich nicht zu wundern, wenn sein Gegner in der Notwehr auch seinerseits diese Begriffe vergißt. Darum wird es jedermann verstehen, wenn unsere pommerischen Kollegen im Kampf gegen den pommerischen Terroristenverband alle gesetzliche nicht mit Strafe bedrohten Mittel anwenden.

Gefänge den abtügen und nicht abtügen Terroristen ihr Klan, dann verdienten die pommerischen Bauernarbeiter vollauf die unwürdige Behandlung, die ihnen diese Herrschaften zugebracht haben. Wer von Euch, Ihr pommerischen Bauernarbeiter, ist feige und würdevoll genug, seine Selbstständigkeit aufzugeben und sich als gehorsamer Knecht unter das Joch der abtügen und nicht abtügen Gewerkschaftsfeinde zu bücken? Wer von Euch hat so wenig Ehre im Reibe, daß er auf Wunsch seiner Feinde die Organisation aufgibt, die er sich selbst als Vertreterin seiner wirtschaftlichen Interessen gewählt hat?

Wir hoffen, daß Ihr Eurer Vergangenheit keine Schande macht. Wir hoffen, daß Ihr nicht kleinmütig und zimperlich seid, sondern den Kampf so zu führen wißt, wie er gegen einen Gegner von der Art des pommerischen Bauernverbandes geführt werden muß. Dem Bauernverband aber möchten wir raten, die deutschen Arbeiter nicht zur Anwendung der Kampfmittel der französischen Syndikalistin, der passiven Resistenz und der Sabotage zu zwingen; denn das würde ihnen selbst am Ende nicht angenehm sein!

Ein Mahnwort an unsere Junggefellern!

Die Zeit ist wieder herangerückt, wo für viele junge Kollegen die Lehrjahre beendet sind. Der eine oder andere wird sich vielleicht aus irgendeinem Grunde schon lange darauf gefreut haben. Aber bedenkt, daß für Euch, Ihr jungen Berufscollegen, ein neuer Abschnitt des Lebens beginnt. Drei, vier volle Jahre standet Ihr bei ein und demselben Meister in Arbeit. Ihr saßt in dieser Zeit des öftern, wie Gesellen und Bauhilfsarbeiter nach ein paar Wochen Arbeit wieder entlassen wurden und dann vielleicht lange arbeitslos waren. Ihr kanntet bis jetzt keine Arbeitslosigkeit. Dies wird nun, nachdem Ihr die Lehrzeit beendet habt, anders werden. Eure Lehrmeister, denen Ihr vier lange Jahre Eure Arbeitskraft für einen erbärmlichen Lohn verkauft habt, die aber durch Euch manchen ansehnlichen Profit gehabt haben, werden Euch nun bei der ersten besten Gelegenheit mit entlassen. Nachdem Ihr Gesellen geworden seid, sind die Unternehmer verpflichtet, Euch einen höheren Lohn zu zahlen. Euer Lehrmeister glaubt nun, daß Ihr ihm für diesen höheren Lohn nicht

genügend leisten könnt, weil vielleicht Euer Körper noch zu schwach dazu ist. Der Ihr habt ihm gar einmal in der Lehrzeit die richtige Antwort gegeben, als immer und immer wieder versucht wurde, durch Euch Bauhilfsarbeiter zu erziehen.

Der eine oder andere wird nun vielleicht durch einen guten Bekannten in seinem Heimort wieder Arbeit erhalten; aber mancher von Euch wird hinausgetrieben werden in die weite Welt, wenn er seinem erlernten Beruf weiter nachgehen will. Ihr bekommt andere Städte zu sehen und lernt andere Arbeitsmethoden kennen. Eines aber lernt Ihr überall kennen, nicht nur in Deutschland, sondern sehr weit über unsere Grenzen hinaus: die Disziplin, die wohl mancher von Euch schon in der Jugendabteilung kennen gelernt hat. Wenn Ihr auf der Wanderschaft nicht wißt, wohin noch her, so haltet Euch stets an die Organisation, an den Deutschen Bauarbeiterverband. Wendet Euch an die leitenden und älteren Kollegen der Zweigvereine; sie werden Euch stets mit Rat und Tat zur Seite stehen. Werdet regelmäßige Versammlungsbesucher! Lernt die Organisation kennen! Galtet fest an Eurer Mitgliedschaft, auch wenn ernste und bittere Zeiten an Euch heranrücken. Weiset jene energisch zurück, die versuchen, Euch dem Deutschen Bauarbeiterverband abzuwenden zu machen. Sagt ihnen, daß nur diese Organisation es ist, die die wahren Interessen ihrer Mitglieder vertritt.

Vor allem aber, Ihr jungen Berufscollegen, meidet den Alkohol; denn er ist es, der Körper und Geist zerrütet. Bringt Eure freie Zeit nicht in der Kneipe zu; denn das ist ein elender Stümpfer, der den andern Tag auf der Baustelle sich brüht, gefiern so und soviel Geld in Alkohol verbrunken zu haben. Ueberlastet den Kopf nicht, die verjüngten, durch Anbelangung der Arbeiter zu willenslosen Sklaven und gehorsamen Unterthanen zu machen. Wer bringt Eure freie Zeit in der Natur; denn das stärkt Körper und Geist. Vor allem aber lest gute Bücher. Meidet die Schundliteratur. Benutzt in jeder Stadt, wo Ihr Euch niederlegt, die Arbeiterbibliothek; denn sie bietet guten und lehrreichen Stoff. Reist vor allem auch das Fachorgan, den „Grundstein“, damit Ihr 1914, wo die Unternehmer versuchen werden, uns auf alle mögliche Art und Weise zu unterdrücken, in allen Fragen unterrichtet seid. Abkorniet auch, wenn Ihr Euch an einem Ort niedergelassen habt, die Arbeiterpresse. Studiert sie mit Fleiß, und Ihr werdet finden, daß sie es ist, die Eure Interessen in jeder Hinsicht und auf jedem Gebiete vertritt. Agitiert unter denen, die ihre Lehrzeit noch nicht beendet haben, für die Jugendabteilung des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Zeigt den noch fernstehenden den vollen Zweck unserer Jugendabteilung; sagt ihnen, daß sie durch die Organisation geführt werden vor roher Behandlung und abseitiger Ausbeutung im Arbeitsverhältnis, daß sie so Aufklärung finden über gewerkschaftliche und berufliche Angelegenheiten.

Ihr jungen Berufscollegen: haltet Euch in Eurem neuen Lebensabschnitt diese kurzen Worte immer wieder vor Augen und Ihr werdet brauchbare Mitglieder unserer Organisation werden!

A. H. G. & Co., Bremen.

Die Gewinne der Banken.

Die Gewinne der Banken sind mannigfacher Art; sie bestehen vor allem in den verschiedenen Zinsfüßen, den die Banken berechnen, für Darlehen, die sie gewähren, und für Depositen, die sie annehmen, dann in den mannigfachen Provisionen, die für den einzelnen Geschäftsumsatz meist sehr gering sind, die sie aber bei hunderten tausenden Geschäftsoperationen zu berechnen haben. Aus hunderten tausenden kleinen und verhältnismäßig wenig großen Geschäften setzen sich die Geschäftsgewinne zusammen. Dazu kommen noch besonders große Geschäfte bei der Gründung von Aktiengesellschaften, bei der Vermittlung staatlicher und ähnlicher Darlehen, endlich kommen den Banken Gewinnmöglichkeiten zugute in den vielen Geschäften des Börsenhandels, die sie für andere und für sich ausführen. Die großen Banken, die einen Einblick in zahlreiche und mit ihnen im Verkehr stehenden Geschäftsunternehmungen haben, deren Verwaltungen ihnen, die mit staatlichen Organen in steter Fühlung sind, die zahlreichsten sonstigen Informationsmöglichkeiten haben, vermögen sich über die wahren wirtschaftlichen Kursentwicklungen auf den Börsen leicht zu unterrichten. Sie können deshalb mit weit größerem Erfolge als der private Börsenpekulant Papiere, die Kursrückgänge gewärtigen lassen, noch zu hohen Börsenpreisen verkaufen und können andere Papiere, deren Kurssteigerungen sie in nicht ferner Zeit vorauszuversagen vermögen, dafür kaufen. Sie können sich also vor Verlusten bewahren und sich Gewinne sichern. Diese Vorfälle verwirklichen sie nicht nur bei ihrem eigenen Effektenbesitz, sondern sie beraten auch auf Grund dieser Kenntnisse und Vermutungen die zahlreichen, mit ihnen in Verbindung stehenden Sparrer, Rentner, Spekulanten und andere, die ihnen überflüssiges Geld anvertraut haben. Sie haben dann an diesen großen Umsätzen nicht bloß eigenen Gewinn, sondern auch noch zahlreiche Vorteile an Provisionen und endlich den Vorteil, die Kundenschaft an sich zu fesseln und neue heranzuziehen.

Wie stark die Beziehungen zur Verwaltung von Aktiengesellschaften von den großen Banken zu gewonnener Information über den Gang und über die Ausgestaltung der Geschäfte oder, wie man sagt, über die Konjunktur ausgenutzt werden können, erkennt man aus der Tatsache, daß die Deutsche Bank durch ihre Direktoren und Aufsichtsräte 159 Aufsichtsratsstellen besetzt, die Diskontogesellschaft 143, die Dresdner Bank 120, der Schaaffhausen'sche Bankverein 148, die Berliner Handelsgesellschaft 123, die Darmstädter Bank 133, die Nationalbank 101, die Commerz- und Diskontobank 95 Aufsichtsratsstellen. Der Einfluß auf die Verwaltung der industriellen Unternehmungen ist für diese Banken dadurch noch größer, daß sie sich zahlreiche andere Banken, zum Teil selbst gegründete Tochter- und Enkelgesellschaften für besondere Geschäfte, untergeordnet haben. Diese Gesellschaften haben wiederum die Möglichkeit ausgenutzt, zahlreiche Aufsichtsratsstellen zu besetzen. Aber damit ist die letzte Möglichkeit, sich über den Gang der Produktion und des Abzuges zu unterrichten, noch lange nicht erschöpft. In immer höherem Maße machen die Banken ihre Kredit-

Soziale Zustände unter der Ständes- und Klassenherrschaft.

Von Karl Frohne.

II.
Die göttliche Sozialordnung der Chinesen und Kegypter.

Eine Väterschau soll uns den Eshemen der sozialen Ungleichheit, der Ständes- und Klassenherrschaft näher bringen.

Wir beginnen mit China. Nach der in der ursprünglichen Religion der Chinesen begründeten Anschauung sollte das Volk wie eine einzige Familie leben; alle Menschen sollten Brüder sein. Keine Ständesunterschiede sollte es geben, sondern nur eine Gleichheit in Unmündigkeit, in einem Verhältnis des Gehorsams zum Kaiser. Dieser sollte eine „Herrschaft nach den Geboten des Himmels“ führen, ein patriarchalisches, gerechtes Regiment zum Wohle des Volkes. Dafür wurde dem Herrscher nicht nur dem Himmel, sondern auch dem Volke gegenüber die volle Verantwortung zugeschrieben.

Dieses religiös-politische Gesellschaftsideal hat ebenso wenig wie irgendein anderes die Schöpfung des Volkes in herrschende und beherrschte Stände und Klassen verhängt. Es gab ursprünglich in China keinen Privatrechtsbegriff. Durch uralte Tradition und religiöse Grundgesetze sollte der Ackerbau, der die wichtigste und angesehenste Beschäftigung des Volkes bildete, — galt der Boden fortwährend hindurch als Staatseigentum. Die Besonderen wurden jährlich als Staatseigentum. Die Besonderen wurden jährlich als Staatseigentum. Die Besonderen wurden jährlich als Staatseigentum. Die Besonderen wurden jährlich als Staatseigentum.

wiesen. An die Stelle dieser Einrichtung aber trat nach und nach das System des Privatgrundbesitzes, das bereits vor etwa 2000 Jahren stark ausgebildet war. Hatte es vor dem nur Staatsknechten gegeben, so Zwangsarbeit der unfreien Verbündeten und Kriegesgefangenen, so entstand nunmehr in Zusammenhang mit dem Privatgrundbesitz auch die Privatlaberei. Die Vererbung des Volkes, bewahrt durch schlechtes, tyrannisches und ausbeuterisches Regiment, Kriege und Hungersnöte, führte dazu, daß sich große Massen der Knechten und Sklaven freiwillig in die Sklaverei verkauften und damit auch ihre in diesem Verhältnis erzeugten Kinder dem Los der Sklaverei überantworteten. Die Herrschenden, die Begüterten, denen es um Sklaverei und „Ausbeutung zu tun war, hatten natürlich die schärfsten Mittel genug, Miß, Betrug und Gewalt, diese „Freiwilligkeit“ nachzugehen. Bis um etwa 2000 v. Chr. hatte China ein dem oben erwähnten Ideal angepaßtes Wesen. Dieses machte der hohen Würdenträgern, den herrschenden Ständen und Klassen das arbeitende Volk in entsetzlicher Weise unheimlich, ausbeutete und demoralisierte. Alle möglichen Mittel und Verbrechen, die die Prostitution und das harte Leben ausdrücklich erlaubte Mißhandeln der Kinder, Ausbeutung und des Kindesmordes, trafen in schrecklicher Weise auf die Massen. Die Massen wurde der Begriff der Menschlichkeit vernichtet. Unendlich sank der Wert des Menschseins.

Der Entartung, den schlimmen sozialen Zuständen überhaupt, hätte nur durch eine von oben ausgehende und von unten durchgeführte Revolution ein Ende gemacht werden können. Aber, so daß eine Revolution widerstrebe der dem Volke durch Jahrhunderte entzogene Gewohnheit der Unterwürfigkeit und der Feind-

schaft gegen das Neue. Für Erhaltung und Feststellung des Alten sind in China oft revolutionäre Bewegungen entstanden, für die soziale Umgestaltung, für eine gesunde wirtschaftliche Grundlage, für die Wohlstand und Freiheit des Volkes, für die Lebensentwicklung der Ständes- und Klassenherrschaft nicht eine einzige. Von einer solchen ist ja auch noch die Revolution weit entfernt, die in den letzten Jahren unter großen Gewalttätigkeiten eingeleitet ist. Ihre Richtung geht auf die Schaffung eines modernen Staatswesens, einer neuen Ordnung, die aberformen in sich begründet, aber nicht auf die Abschaffung der Ständes- und Klassenherrschaft, sondern nur deren Umwandlung in eine andere Form. Der Kapitalismus ist hier der treibende Faktor.

China ist eines der größten Beispiele dafür, daß mit bloßen Reformen eine Verbesserung des „Standes“ und Sozialmoral dem Fortschritt nicht abgewinnt ist. Sie können nicht zur Überwindung der durch Ständes- und Klassenherrschaft herbeigeführten und gestifteten Einrichtungen und Zustände führen; ihnen lohnt nicht die Kraft inne, diese Herrschaft zu stürzen und damit der Not und dem Elend, der Ausbeutung und Unterdrückung der Unterworfenen, Mißhandlung und Verachtung der arbeitenden Massen ein Ende zu machen und Sympathie, Freiheit und Würdigkeit zum Siege zu bringen.

Vergleichen wir das mit einer der großen Weisen Chinas, gewissene „Kong-fu“ mit dem Namen „Lao-tse“, d. h. „Altes Kind“, geb. um v. Chr. bewahrt durch eine Lehre von der „höchsten allgemeinen Vernunft“, eine soziale Reform herbeizuführen. Vergleichen wir seine Mahnung an die Herrschenden, „gerecht“ zu sein gegen das Volk, es nicht mit Arbeit und Steuern zu überlasten, ihm nicht die Freude am Leben zu nehmen, durch Vernunft

gewährung an industrielle Unternehmungen abhängig von der genauen Einsicht in deren Mächtig und von der Möglichkeit der Kontrolle ihres Geschäftsbetriebes. So sammelt sich ein Ueberblick und ein Reichtum an Kenntnissen in diesen Banken an, mit denen natürlich kein einzelstehender Kämpfer um den Vortrangswinn in Wettbewerb zu treten vermag.

Der Reingewinn der deutschen Banken stieg von 1885 bis 1910 mit mannigfachen Schwankungen von rund 56 Millionen auf 290 Millionen Mark. Der niedrigste prozentuale Gesamtgewinn der Banken in jener Periode war 5,66 pSt. im Jahre 1901, das ein bedenkliches Krisenjahr war; der höchste Gewinn war für die Gesamtheit der Banken im Jahre 1889 mit 8,77 pSt. Am Anfang der Periode 1885 war die durchschnittliche Dividende 6,41 pSt., im Jahre 1910 7,75 pSt. In zwei Jahren, 1889 und 1890, wurden aber 8 pSt., in 14 Jahren 7 bis 8 pSt., in sieben Jahren 6 bis 7 pSt., und in drei Jahren 5 bis 6 pSt. ausgeschüttet; demnach betrug auch in den schlechtesten Jahren die Dividende der Banken erheblich mehr als der Zinsfuß sicherer Staatspapiere und guter Hypotheken. Bei diesen Durchschnittsdividenden sind auch die Ausschüttungen zahlreicher kleiner Banken mitgerechnet. Nimmt man die sechs größten Banken, die Deutsche, Dresdner, Darmstädter Bank, die Diskontogesellschaft, den Schaaffhausenschen Bankverein und die Berliner Handelsgesellschaft, so haben sie in den 20 Jahren von 1891 bis 1910 immer einen größeren Gewinn gehabt, als der Durchschnitt aller Banken gewesen ist. So betrug in den Jahren 1908 bis 1910 die Dividende aller Banken mit einem Kapital von mindestens 1 Million Mark durchschnittlich (in Klammern folgen wir die durchschnittliche Dividende der sechs Großbanken hinzu): 1908 7,98 pSt. (9,17), 1907 7,44 pSt. (8,33), 1906 7,41 pSt. (8,41), 1905 7,68 pSt. (8,92), 1904 7,75 pSt. (9,00). Man sieht schon hieraus das gewaltige Uebergewicht, das die Großbanken über alle andern Banken haben müssen.

Wenn wir ganz kurz noch auf die Art der Geschäftsgewinne der Banken eingehen, so finden wir, daß bei allen Banken das Erträgnis an Provisionen von 1884 bis 1910 von 19,9 auf 123,5 Millionen Mark gewachsen ist. Im Jahre 1897 waren es 40,4 Millionen, im Jahre 1903 63,6 Millionen, 1907 97,5 Millionen Mark. Wir sehen also gewaltige Sprünge in den Provisionen; doch ist das Verhältnis der Provisionen zum Gesamtgewinne nicht stark voneinander abgewichen. Es betrug sehr selten mehr und niemals viel unter ein Viertel des Bruttogewinnes, so genau einem Viertel für 57 deutsche Banken im Jahre 1903, fast die Hälfte (48 pSt.) des Bruttogewinnes wurden damals auf Wechsel und Zinsen, 22 auf Emissionen und ähnliche Geschäft gemacht. Im Jahre 1910 entfielen auf Provisionen und Zinsen bei der Diskontogesellschaft über 55,4 pSt. des Bruttogewinnes, bei der Dresdner Bank dagegen 82,4 pSt., bei der Deutschen Bank 73,6 pSt.

Die Banken müssen natürlich, da sie ein Meer von Beamten und zahlreicher Gebäude zu unterhalten, auch sonstige starke Unkosten haben, diese hoch in Rechnung stellen. So betrugen die Unkosten der Deutschen Bank im Jahre 1908 21,4 Millionen Mark, bei der

Dresdner Bank 10,5 Millionen Mark, bei der Diskontogesellschaft 8,9 Millionen Mark, bei der Darmstädter Bank 8,2 Millionen Mark. Im Jahre 1910 waren die Unkosten auf 26,8 Millionen Mark, der Dresdner Bank auf 13,5 Millionen Mark, der Diskontogesellschaft auf 11,7 Millionen Mark und der Darmstädter Bank auf 9,8 Millionen Mark gestiegen. Die Entwicklung der Banken, ihr Streben nach Heranziehung aller brachliegenden Kapitals führt zu einer starken Zentralisation und damit zu der starken Unkostenvermehrung. Wo das Prinzip der Konzentration, wie bei der Berliner Handelsgesellschaft, durchgeführt wird, sank von 1908 bis 1910 der Unkostenbetrag von 3,9 auf 3,2 pSt.

Eine große Bedeutung haben bei den Banken auch die Abschreibungen, die Sammlung von Reserven, die durchschnittlich stets stärker gewachsen sind, als das Aktienkapital. Bei den sechs Großbanken stiegen auf 354,23 Millionen Mark im Jahre 1910. Aber nicht nur in gesicherten Geldern, die freilich im Geschäftsbetrieb wieder auftreten, wachsen die Reserven um das sieben- bis achtfache, sie stiegen auch um mehr als das Doppelte im Verhältnis zum Aktienkapital. Im Jahre 1885 betrugen die Reserven der sechs Großbanken 17,98 pSt. des damals 278 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals, im Jahre 1910 35,96 pSt. des dann auf 965 Millionen Mark gewachsenen Aktienkapitals.

Wenn Karl Marx in den Formen der modernen Industrie schon Erscheinungen der Vergesellschaftung erkennt, so würde er das in der Kapitalansammlung und Kapitalverwaltung der großen Banken in noch viel höherem Maße feststellen. Sagt doch Niefer als Vorwörter des ersten allgemeinen deutschen Bankertages in Frankfurt a. M., daß bei den Banken öffentliche, nicht etwa nur private Interessen auf dem Spiele stehen. Es sind Unternehmungen, die nach ihrer Entwicklung nicht einen rein privatwirtschaftlichen Charakter haben und die immer mehr aus der Sphäre der rein privatwirtschaftlichen Regelung herauswachsen. So hat Dr. Niefer gesprochen und damit eine kräftige Bestätigung der Marx'schen Auffassung von der Tendenz der Vergesellschaftung des Kapitals schon in der Epoche des privaten Wirtschaftes an Produktionsmitteln zum Ausdruck gebracht.

Wir weit das richtig erscheint, sei nur an einer Uebersicht der Entwicklung der Deutschen Bank gezeigt. Im Jahre 1870 gegründet, hatte sie damals ein Aktienkapital von 15 Millionen Mark, das im nächsten Jahre verdoppelt wurde und nach und nach bis zu 200 Millionen Mark im Jahre 1906 stieg. Die Ende 1870 auf 36 215 000 Mark betragenden Reserven waren 1910 auf rund 108 Millionen gestiegen. Die Umsätze, die 1870 rund 239 Millionen Mark groß waren, hatten 1910 die kaum vorstellbare Summe von 119 101 Millionen Mark überschritten. Die Dividende war in jener ganzen Periode von 5 auf 12½ pSt. gestiegen. Die der Bank zur Verfügung gestellten Gelder beliefen sich im Jahre 1870 etwas über 2½ Millionen Mark, 1871 betrugen sie annähernd 23 Millionen, 1882 rund 85, 1883 rund 108 Millionen Mark, 1889 hatten sie schon 217 Millionen Mark überschritten, 1904 waren sie auf fast 894 Millionen Mark angelangt, 1905 auf über 1064 Millionen

Mark und im Jahre 1910 hatten sie 1535 Millionen Mark überholt. Hier erkennt man die gewaltige Entwicklung der großen Banken, hier sieht man auch, in wie außerordentlich starker Weise sie die Geschäfte an sich ziehen und verstehen und hier erkennt man Bedeutung und Wirkung der Konzentration des Bankwesens.

Aus dem Baugewerbe.

Anteilige Reparatur eines Pumpenpfeils. — Bureaukratie und Wirtschaftsbetrieb. — Öffentliche Verwaltungen als Bauunternehmer. — Technik und Baukostenverminderung. — Der Kleinwohnungsbau und das Privatkapital. — Wege zur Verbesserung. — Neue Zusammenbrüche am Terrain- und Baumarkt. — Kartelle im Bauhandwerk. — Abhängigkeit der Gesellschaft für Beton- und Mauerwerk. — Arbeitsgesellschaft für Bauausführungen. — Arthur Müller, Land- und Fabrikanten-Aktien-Gesellschaft.

Ueber ein Prospektbürokratischer Wirtschaft wurde kürzlich im braunschweigischen Landtag berichtet. Auf einer Föderation im Harz war ein Pumpenpfeil zerbrochen. Der Förster glaubte, den Reparaturbetrag von 60 Z auslegen zu dürfen, um ihn dann ordnungsmäßig belegt später in Rechnung zu stellen. Für dieses eigenmächtige Vorgehen erhielt der Förster einen „Büßzettel“, und ihm wurde bedeutet, sich in solchen Fällen des vorgeschriebenen Instanzweges zu bedienen. Wieder war der Pumpenpfeil nach Jahren abhängig, und jetzt schrieb der Förster einen seitenlangen Bericht an die bayerische Behörde. Diese gab das Schriftstück an die Bau- und Baubehörde, und diese veranlaßte einen Bauaufseher, den Pumpenpfeil zu beschreiben. Nach dem Bauaufseher erschien nach einem diesbezüglichen Bericht ein Bauassistent und auf dessen Bericht ein Bauamt, selbstredend im Automobil. Die Kosten für die Pumpenpfeilbesichtigung — die Reparatur wurde schließlich als notwendig anerkannt — beliefen sich auf M 69,80, die Reparaturkosten — auf 60 Z!

Wir erwähnen diesen Fall, obwohl ähnliche Leistungen verknüpfte Verwaltungen nicht gerade selten sind, weil sich betriebssame Leute auf ihn berufen, um zu zeigen, wie unmöglich angeblich die Lebensnahme wirtschaftlicher Unternehmungen durch Staats- und Gemeinbeverwaltungen bei einem derartigen System ist. Nun hat die Geschichte staatlicher Unternehmungen nicht nur im Ausland, sondern vor allem in Deutschland selbst, bewiesen, wie gänzlich abgewirtschaftet und hilflos der Einwand der kapitalistischen Spiegelbilder ist, öffentliche Verwaltungen wären als Träger und Leiter wirtschaftlicher Unternehmungen nicht geeignet. So berechtigt die Kritik in vieler Beziehung gegen die Praxis vieler Verwaltungen ist, ihnen die Fähigkeit abzusprechen, Wirtschaftsunternehmungen zu betreiben, wäre ein glatter Unfug. Es bedarf nur des Hinweises auf die staatlichen Eisenbahnen. Wo hier Mängel bestehen, und sie sind wie bei privaten Gesellschaften vorhanden, können sie zu einem großen Teil beseitigt werden, wenn der Einfluß des preussischen Junkertums auf die preussische Bahnbetriebsverwaltung gebrochen würde; denn die Junker hindern eine beständige Verbesserungspolitik ebenso nach Kräften wie eine Verbesserung des Arbeitsverhältnisses der Eisenbahnen. Sollten Vorkommnisse braunschweigischen Beispiels unterbunden

und nicht durch Gewalt und Tyrannei zu regieren. Vergessen hat auch gleich nach ihm Konfuzius durch Lehre und Gesetzbuch eifrig mit großer Energie den Versuch unternommen, die „soziale Frage“ zu lösen im Sinne der „Wohlfahrt“, der „allgemeinen Wohlfahrt“ und der „Gerechtigkeit, die jedem zuteil, was ihm gebührt“, und die „keinen bevorzugt“. Vergessen sollte der Philosoph Wang-tse, geb. 371 v. Chr., den Grundsatze auf: das Volk ist das wichtigste Element in einer Nation; nach dem Volk erst kommt das Reich und zu allerletzt erst der Fürst und die Würdenträger. Das war nur eine philosophische Phrase, denn Wang-tse sah, die Stände- und Klassenherrschaft anerkennend, den Inhalt der sozialen Frage in den Satz zusammen, der für diese Gesellschaft stets und überall Geltung gehabt hat: „Die einen arbeiten mit dem Pfluge, die andern mit den Händen; die, die mit dem Pfluge arbeiten, regieren die, die mit den Händen regiert werden, haben diese zu erhalten.“ Er stellte diese Lehre den kommunistischen Lehren des Han-Ging entgegen. „Alles für das Volk, nichts den Ständen“, das „Volk“, das der zweite Teil dieses Grundsatzes ist erfüllt worden; dem ersten hat die Praxis schon gesprochen: die Stände haben nichts für das Volk; sie traten dessen Interessen mit Füßen.

Eine „göttliche Weltordnung“, überakt und geteilt vom Könige als höchsten Stellvertreter der Gottheit, hatten sich auch die Ägypter, Babylonier, Assyrer und Perser konstituiert. An Ägypten und noch auch in den andern dieser Länder, bestimmte zunächst die Einheit und Gemeinschaft der Bevölkerung die Einheit und Gemeinschaft der Herrscher, der Priester, der Krieger, der Arbeiter, der Handwerker überlebte den Seinen die Kenntnisse und Fertigkeiten, die er sich erworben, seinen Beruf. Daraus erwuchs hier ein festgefügtetes Kastensystem. Die am strengsten in sich abgeschlossene Kaste war überall die der Priester, die sich im Alleinbesitz der Wissenschaften und höchsten Ränge befand. Mit den Königen und Kriegern teilten sie sich in die Gesellschaft über das Volk, wobei sie jedoch die höchste und maßgebende Stellung inne hatten. Die arbeitenden Stände befanden sich in absoluter Abhängigkeit von den oberen, die rücksichtslos ihr Recht geltend machten, für ihre Interessen die Arbeit zu unterbrechen, auszubereiten, zu tyrannisieren. Die ständisch gegliederten Arbeitermassen hatten tatsächlich kein besseres Los, als die außerhalb dieser Gliederung stehenden Elenden. Obwohl Ägypten, das „Gesicht des Nil“, durch die Fruchtbarkeit des Nildelta ein „Land des Überflusses“ war, befanden sich die Massen im Zustande bitterster Armut; ihre Arbeitskraft wurde in schamloser Weise mißbraucht zur Befriedigung der Begierden und Genußsucht, des Stolzes, des Hochmutes und der monströsen Reizen der Herrschenden. Das Volk, das menschliche Recht, das Leben der Arbeitenden galt nichts.

Freude.

„Jedoches Jammertal“ nennt die Kirche unsere Erde, und Jahrhunderte hindurch haben es die Massen geglaubt, Jahrhunderte hindurch haben sie, dieser Lehre folgend, in Unterdrückung ein freudloses Dasein geführt. Erst die Aufklärung der neuen Zeit hat die Köpfe lebendig gemacht, hat einen kritischen Geist geweckt und damit die Erkenntnis der Menschlichkeit und Menschheit. Und diese Erkenntnis hat die Erde nicht als ein Jammertal an, sondern als eine Stätte frühlichen Kampfes um höhere Ziele der Entwicklung, um eine Welt in Menschlichkeit und Mensch-

glück. Das sind die notwendigen Konsequenzen der natürlichen Weltanschauung, zu denen die moderne Naturwissenschaft geführt hat und die für das praktische Leben unsere Organisation mit eigener Energie erfordert, erlärmt.

Wenn heute noch vom irdischen Jammertale gesprochen wird, dann wissen wir, was das zu bedeuten hat. Es ist die Selbstsucht der Besitzenden, die hinter dieser Lehre steht. Schon dem und friedlich soll die Frage des Volkes sein und zufrieden mit allem Glend soll sie auf ein besseres Jenseits hoffen, das diesem irdischen Jammertale folgt und in dem alles wieder gut gemacht wird, damit jene Gezeiten ungefähr in niedriger Ausbeutung ihre Laster füllen können. Denn sie hätten sich schon, die Erde als ein Jammertal anzusehen. Für sie ist die Erde, was sie den Ausbeutenden immer war: eine Stätte frohen Genusses.

Ein bitterer Tropfen ist ihnen in ihrem sorglosen Wissen nur, daß die aufgeregte Arbeitererschaft die Welt nicht mehr so hinuntreibt, wie es von jenen Geniechern gern gesehen wird. Auch soll die Erde eine Stätte des Lebensgenusses sein, aber wir wollen nicht so genießen wie jene, nicht in Überflüssigkeit, in leidlichem Dahinleben. Dafür ist unsere Anschauung über Welt und Leben doch zu tief. Jeder soll, so wollen wir, seine ganze Kraft für die Allgemeinheit und ihre Entwicklung einsetzen. Das kann er aber nur, wenn er nicht ein Sklave des Kapitals ist. Wirtschaftlich frei muß er sein. Diese wirtschaftlichen Rechte aber werden allein durch unsere gewerkschaftlichen Kampf erreicht, und da dieses Leben, wie wir es erstreben, allein natürlich und darum allein wahr und sittlich ist, so ist unserm Ringen auch als erhabenes Endziel die Freude gesetzt.



werden, so mühte die kostspielige Einrichtung der Diätenzahlung stark modernisiert werden. Der Weg von Diäten für Revisionsreisen verleiht oft dazu, die kleinsten Dinge zu einer Aktion zu machen, die Diäten bringt.

Für das Baugeschäft ist der Nachweis erbracht worden, daß das Reich zum mindesten den Vergleich der Leistungsfähigkeit mit Privatunternehmern nicht zu scheuen hat. Es führte eine lange Reihe von Bauten wesentlich billiger durch, als gleiche Bauten von privaten Bauherren errichtet werden konnten. Die Denkschrift des früheren Reichsbaukommissars Wernitz erbrachte dafür zwingende Belege. Wenn zahlreiche Städte dagegen teurer bauen als das Privatkapital, muß man eine Erklärung dafür in der Zusammenfassung dieser Gemeindevorkontrollen suchen, die auf eine zweifelhafte Kapitalisierung aus Rücksichtnahme auf hochvermögende Kapitalisten nicht hindrängen. Daß das Privatkapital auf dem Bauplatz völlig versagt hat, wo es darauf ankommt, das Angebot von Wohnungen der Baufrage anzupassen, daß es selbst dort, wo ausreichende Wohnungsgelände vorhanden sind, durch wuchernde und schlechte Erschließungs- und Bauweise das Wohnungsgeld zu einer gefährlichen nationalen Krankheit gemacht hat, bedarf keiner weiteren Befestigung mehr. Aber auch technisch hat das Privatkapital im Baugeschäft auf manchem Gebiet versagt. Die liberale „Frankfurter Zeitung“, die ganz gewiß nicht in den Verdacht kapitalfeindlicher Gesinnung kommt, erhebt und begründet diesen Vorwurf. In einem sehr bemerkenswerten Aufsatz über die Baufortschritte im Kleinwohnungsbau wird dargelegt, daß die Herstellung von Kleinwohnungen bisher in der Hauptsache in den Händen nicht entsprechend vorgebildeter Kräfte lag, die gerade die Möglichkeiten einer Baufortschrittvermehrung nicht in zweckmäßiger Weise auszunutzen verstanden. Gegenwärtig sehen bekanntlich in allen möglichen Gegenden erstere Bestrebungen zur Förderung des Kleinwohnungsbau ein- und zwar vielfach unter Führung oder Beteiligung von öffentlichen Verwaltungen. Den allgemeinen Interessen würde damit wesentlich gedient werden, wenn dort, wo der Kleinwohnungsbau mit öffentlichen Mitteln gefördert wird, die öffentlichen Verwaltungen die Baumaufsicht selbst übernehmen würden.

In dem schon erwähnten Artikel wird zutreffend ausgeführt, daß das Bauwesen von der auf andere technischen Produktionsgebieten beobachteten Tendenz, die Verbesserung einzelner Produktionsfaktoren durch Vervollständigung der Produktionsweise im allgemeinen wieder auszugleichen, vollständig abweicht. Im Vergleich mit anderen Gebieten der Technik habe allerdings der Wohnungsbau in den letzten Jahrzehnten nur wenig von technischen Erfindungen und Fortschritten profitieren können. Vervollständigte Wirkungen gingen zu- und vorübergehend von neuen Methoden der Massenerstellung einzelner Baumaterialien aus, dagegen hätten neue Konstruktionsweisen, wie der Eisenbeton, keine wesentlichen Baufortschritte mit sich gebracht. Dennoch bietet die Technik Mittel und Wege — das wird in dem Aufsatz der „Frankfurter Zeitung“ als feststehend bezeichnet —, die Baufortschritte in anscheinend weitaus größerem Maße zu verwirklichen, als die Verwendung von Eisenbeton, der früher viel gebrauchte Gipsziegel, das Riegelgubetons, auf eine weitgehende Normalisierung von Bauteilen und anderes mehr. Aber diese technischen Möglichkeiten werden, wie der ohne Zweifel sachkundige Verfasser ausdrücklich betont, eine Vervollständigung des Wohnungsbau nur bedingen, wenn die erreichbaren Fortschritte nicht durch rein spekulative Ausbeutung wieder aufgehoben werden. Die Forderungen der Technik unterstützen, unser Verlangen, daß Staats- und Gemeindeverwaltungen auf den Kleinwohnungsbau in eigener Regie ausweichen, gleichfalls.

Von der „Zäuberung“ des Terrains und Baumaterials in den Großstädten, die schon lange unter der Krise leiden, ist leider noch immer nicht viel zu merken. In Berlin brach jetzt ein Terrainhändler zusammen, der an etwa 40 Grundstücken und Terrains beteiligt war, die nimmere zur Zwangsversteigerung gelangten. Im Terrains loszuwerden, hatte er in früheren Jahren für die Käufer Hypothekengarantien übernommen und Verkaufserlöse lassen müssen, dann sah er sich genötigt, selbst zu kaufen. Ausfälle aus Hypotheken und Festlegung großer Mittel führte zum Zusammenbruch. In Zahlungsunfähigkeit geriet ferner die größere Berliner „Golfirma Treitel“, die gleichfalls am Terrainmarkt beteiligt war, deren Architekt jedoch selbst durch den Bankrott der Golfirma handlungsfähig in Promern, mit der sie in Verbindung stand, veranlaßt wurde. Auch in Frankfurt a. Main und in noch anderen Städten sind derartige Zusammenbrüche wieder vorgekommen. Diese sind zunächst von weitreichenden Folgen begleitet, weil sich Bauunternehmer plötzlich ihrer Kredite beraubt sehen, um Rückzahlung gedrängt werden, neue Kredite aber nicht erhalten und so

mitgezogen werden, obwohl sie sich ohne diese unverschuldeten Störungen oft gut hätten behaupten können.

Nach dem Beispiel anderer Städte ist in Breslau jetzt eine faktische Organisation unter den Bauhofhändlern errichtet worden. Bei Baufortschritten an Bauunternehmer gegen Anweisung soll jeder Sonderkredit ausgehalten und volle Verzinsung durch den Baugeldgeber innerhalb 14 Tagen nach der monatlichen Rechnungsberechnung durchgeführt werden. Zunächst ist dieser Vertrag auf drei Jahre festgelegt worden, bereits 66 Golfirmen sollen ihn verbindlich anerkannt haben. — Von der Aktiengesellschaft für Beton- und Monierbau wird für 1913 auf das Aktienkapital von 250 Millionen Mark eine Dividende von 11 pSt. gezahlt. Nach dem Geschäftsbericht ist der Bestand an Aufträgen gegen das Vorjahr von 6,3 auf 2,8 Millionen zurückgegangen; das hängt nach der Darstellung der Verwaltung einerseits mit der Festlegung größerer Bauarbeiten, andererseits mit der Geschäftsunlust im vergangenen Jahre zusammen. Der Umsatz im Berichtsjahr erfuhr eine Erhöhung von 12,46 Millionen auf 13,57 Millionen Mark. Bei einem Betriebsergebnis von 833 523 stellen sich die Abschreibungen auf 1 011 793, die Reserven des Unternehmens belaufen sich auf 58 pSt. des Aktienkapitals.

Eine Ermäßigung ihrer Dividende von 6 pSt. auf 5 pSt. nimmt die Aktiengesellschaft für Bauausführungen in Berlin vor. Nach Abschreibungen von 47 206 gegen 34 080 im Vorjahr, wird ein Ueberschuß von 1 855 649 gegen 2 645 111 im Vorjahr ausgewiesen. Der Auftragsbestand der Gesellschaft, die zur Begründung des Gewinnrückganges auf die ungünstige Lage des Terrains und Baumaterials hinweist, betrug am 31. Dezember 25 Millionen Mark gegen 1,1 Millionen Mark am gleichen Tage des Vorjahres. In den ersten Monaten des neuen Jahres sind der Gesellschaft weitere Aufträge im Werte von 2 Millionen Mark zugeflossen, während im vorigen Jahre die Auftragsrücklage zu Beginn des Jahres nur etwa 600 000 ausmachte. „Ende 1913“, schreibt die Verwaltung, „haben wir in Oberjeschleien eine Filiale errichtet, weil dort größere Arbeiten in Aussicht gestellt sind, die vielleicht schon im Jahre 1914 zur Ausführung kommen werden. Bisher haben wir uns zur Beschäftigung dieser Zweigniederlassung an Submissionsleistungen und im ganzen bereits für circa 1 250 000 gehalten.“ — Von der Arthur Müller Sand- und Industriebau Aktiengesellschaft in Charlottenburg wird berichtet, daß der gegenwärtige Auftragsbestand um 30 pSt. höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres und doppelt so hoch als in derselben Zeit des Jahres 1912 ist.

Warum ist die Bautätigkeit immer noch nicht gut?

Es gibt noch viele Kollegen, die es immer noch nicht begreifen, weshalb die Bautätigkeit im allgemeinen noch so daniederliegt. Es ist ihnen erzählt worden, daß der Bankstand weit herabgefallen ist und daher das Geld billig oder wenigstens bedeutend billiger sei als im Vorjahr. In der Tat liegt das Hypothekengeld jetzt kaum besser als während des Weltkrieges. Die Mitteldeutsche Hypothekendarlehenbank zahlt für die Pfandbriefe selbst 4 1/2 pSt. Zinsen, und diese Pfandbriefe stehen wenig über 100 im Kurse. Die Banken wollen bekanntlich auch noch recht viel verdienen, so daß die Mitteldeutsche kaum erste Hypotheken Pfandbriefe zu 93,30 im Kurse liegen, wie bei dieser Gesellschaft und ebenso bei der Rheinischen und andern, dann läuft dies ziemlich auf dasselbe hinaus. Warum werden nun diese Pfandbriefe nicht genügend gekauft, obwohl sie doch mindestens ziemlich mündelicher, am Heimatort sogar stets mündelicher sind. Nun, das liegt daran, daß die Kapitalisten anderwärts noch mehr bekommen, ohne ein großes Risiko zu übernehmen. Das Kapital flieht immer dahin, wo am meisten zu verdienen ist.

Dagegen nimmt Oesterreich für seine Staatsbahnen eine Kreditschuld von 1 000 Millionen auf, die zu 5 pSt. Zinsfuß 4 1/2 pSt. Zinsen ausmacht. In den nächsten Jahren an werden diese Papiere in 15 Raten in 15 Jahren ausgelöst und Oesterreich zahlt nicht 93,25, sondern 100 pSt. aus. Am 1. Juli 1913 wird die erste Rate ausgelöst. Wer unter diese Rate fällt, bekommt für je 100 einbezogenes Geld am 1. Juli 1913 erhebt 100, also 4,75 mehr als er eingezahlt. Dann für 1 1/2 Jahre Zinsen auf 4 1/2 pSt. = 5,62. Das sind zusammen in den 1 1/2 Jahren 10,37 Zinsen oder eine jährliche Verzinsung von 6,91. Selbst wer erst mit der 15. Rate sein Geld bekommt, erhält für je 100 93,25 jährlich 4,50 Zinsen, also erhebt eine Verzinsung auf 4,75 pSt. Am 15. Jahre bekommt er auch die 15. Rate, so daß die Verzinsung des Kapitals rund 5 pSt. beträgt. So sicher wie die meisten Hypotheken ist 5 pSt. die österreichische Anleihe auch noch. Deshalb werden die meisten Kapitalisten eher dem österreichischen Staats-Papier ablaufen, wofür sie mindestens 5 pSt. Zinsen bekommen — wenn etwas Glück dabei ist, sogar bis 8,30 pSt.

— als jemand eine erste Hypothek zu 5 pSt. zu geben. Wer aber für eine erste Hypothek schon 6 pSt. bezahlen soll und für zweite und dritte noch mehr, kann auf die Dauer sein Vermögen nicht halten, sonst müßten schon die Renten um etwa 20 bis 25 pSt. höher sein, das heißt, wer sonst eine Wohnung für 400 erhält, müßte 487,5 dafür bezahlen. Eine zweifelhafte Hypothek zur Verbesserung der gleichen Kreditstellung würde eine solche Mietssteigerung nicht notwendig machen.

Diese so verhängnisvolle Geldverknappung hat zum großen Teil der italienische Krieg in Afrika und der Balkankrieg veranlaßt, nicht weniger aber die Kolonialpolitik Deutschlands, und zwar nicht allein die Erwerbung von Kolonien durch Deutschland, sondern auch die Anlegung deutschen Kapitals in anderen Ländern. Wenn zum Beispiel die in Bagdad, Baku und Kifen 500 Millionen Mark deutsches Geld hineingekastet werden, das nur zu einem kleinen Teile für Eisenbahnbau und sonstiges Baumaterial verwendet wird, so ist dieses Geld einzufließen dem deutschen Geldmarkt entzogen und fest hier. Nach Schätzungen sollen sich aber bereits etwa 40 000 Millionen Mark deutsches Vermögen im Ausland befinden. Elders sind auch einige Milliarden an borem Gelde hinausgeschickt worden, die noch nicht wieder zurück sind. 1908 schätzte der Staatssekretär das bäre Geld in Deutschland auf 4 bis 5 Milliarden Mark. Wenn also über nur 100 oder einige Hundert Millionen Mark nach dem Auslande oder nach den Kolonien gehen, so kann das Geld bald recht knapp werden. Das ist auch ein Grund, weshalb die Arbeiter von der Sozialpolitik nicht viel zu erwarten haben. Denn aber, die meisten, ohne politische Partei auskommen zu können, mag die jegliche Geldknappheit als Lege dienen. Geldknappheit und hoher Zinsfuß lassen sich auch durch den größten Streik nicht aus der Welt schaffen, allenfalls noch verschlimmern. Die Macht zu erlangen, die Staatsmaschine mit fügen zu helfen, kann hier nur Hilfe schaffen. August Friedrich.

Die Berliner Steinfegergesellschaft 1732—1893.

(Ein Teil der Geschichte der deutschen Steinfegerbewegung)

Viele der heutigen Gewerkschaftsorganisationen wachsen aus älteren Gewerkschaften hervor, den Zünften, Gilden, Handwerksvereinen oder Gesellschaften. Andere Gewerkschaften haben sich auf den Trümmern dieser alten Verbindungen aufgebaut. Nur wo die Maschine allzu schnell überlebte, überlebte die Gewerkschaft und Produktionsmethoden umstürzte, gingen alle alten Verbindungen der Gesellen gänzlich zugrunde. Die heutigen Gewerkschaften sind etwas ganz anderes als die Gesellenverbindungen in ihrer Blütezeit; aber zu der Zeit, wo die Gesellenverbindungen untergingen und die Gewerkschaften entstanden, waren beide keineswegs so sehr verschieden. Die alten Organisationen trugen schon lange die Keime der neuen Organisationen in sich, und die neuen Organisationen schleppten oft noch lange Zeit Reste der alten Verbindungen mit sich herum. In der Entwicklung gesellschaftlicher Zustände fällt eben nichts fertig vom Himmel, alles wird „geboren“ und wächst fort. Selbst wenn sich etwas plötzlich revolutionär als das Sieghafte Neue offenbart, war es doch schon lange im Keim vorhanden. Keine gesellschaftliche Ordnung wächst ohne Ordnung der Dinge heran für alle Zeit als gut und langfristig. Eine kleine, aber außerordentliche Verflechtung dieser Möglichkeit kann die Geschichte der Berliner Steinfegergesellschaft sein.

Das Steinfegergewerbe ist nicht so alt wie viele andere Berufe. Die Menschen bauten viel früher als sie Straßen pflasterten; sie machten viel früher Zäune; sie schmiedeten, lebten und gruben auch viel früher. Und als das Pflastern von Höfen und Fußgängerwegen aufkam, war das wohl zunächst Arbeit der Maurer, ehe es Steinfegerarbeit wurde. Vor allem mußten erst Städte vorhanden sein, in denen Straßenpflaster ein Bedürfnis war, ehe ein Steinfegergewerbe entstehen konnte. So erklärt es sich, daß die Geschichte der Berliner Steinfegergesellschaft erst mit dem Jahre 1732 beginnt.

Das Jahr 1732 war just daselbstes Jahr, in dem das bekannte General-Reglement Karls VI. erlassen wurde, durch das die Zusammenkünfte der Handwerker der oberrheinischen Ämter und Erbschaftsrechte unterworfen und übergeben den Zünften die Selbstverwaltungszustände zugewiesen wurden. Und gerade in diesem Jahre hat der Berliner Steinfeger Daniel Schmidt seinen „Allerhöchstdurchlauchtigen, Großmächtigen König“ der „kaiserlichen und ihm und seinen Kindern, eine vornehmliche Concession“ oder Privilegium“ als Steinfegermeister zu verleihe. Der Daniel Schmidt erhielt auch das gewünschte Privileg und durfte danach „Gesellen halten und Lehrlinge ausbilden“. Der Anfang mit einem günstigen Steinfegerhandwerk war damit gemacht; die „Zunfts-Privileg“ (Statuten wurden von hundert des Königs und dem Magistrat der Reichshauptstadt Berlin festgelegt. Die neue Zunft konnte sich nun entwickeln.

Zunächst aber beanspruchte Schmidt nunmehr alle Steinfegerarbeit für sich. Er allein war zünftig und seiner Meinung nach berechtigt, das Handwerk als Meister auszuüben, und mit allen Mitteln versuchte er, die förmliche Gewalt seinen Freunden günstig zu stimmen. Es ging aber nicht alles nach seinen Wünschen. Andere Stein-

Ueber die Lösung der einzelnen Arbeitsverhältnisse durch Kündigung find in 2009 Tarifgemeinschaften bestimmte Vorschriften erlassen. 1927 hatten eine Kündigungsfrist bis 1 Woche, 541 über 1 bis 2 Wochen und 141 über 2 Wochen. Arbeitsnachweise waren schon in 1691 Tarifgemeinschaften vereinbart. Am häufigsten sind die Arbeitsnachweise; in 1461 dieser Tarifverträge ist die Arbeitsvermittlung übertragen. Ihr Weiterzweck ist aber bedeuten beschränkt als der 1937 der Tarifgemeinschaften vorgezeichneten partiellen Nachweise. Geringe Bedeutung haben in den Tarifgemeinschaften die Arbeitsvergnachweise und noch weniger die Jungmannnachweise. Außerdem ist in 292 Tarifgemeinschaften für 15 648 Betriebe mit 48 000 Arbeitern vereinbart worden, daß partielle Arbeitsnachweise angeschlossen werden sollen. Schlichtungs- und Einigungsorgane sind in 5916 Tarifgemeinschaften vereinbart worden. Sie gelten für 131 616 Betriebe. Die Fortschritte in den Tarifvertragswesen sind unübersehbar. Die Zeit liegt noch nicht weit zurück, in der über die Frage der Tarifverträge in den Gewerkschaften lebhaft gestritten wurde. Die einstige Befürchtung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Unternehmer wird überdunden. Die partielle Vereinbarung gewinnt immer mehr Boden. Die Gewerkschaften haben aber auch Ursache, den Bestrebungen energig entgegenzutreten, die tarifliche Gewerkschaften auf gesetzlichem Wege illusorisch machen möchten. Die gesetzliche Regelung darf der Entwicklung keine Schranken errichten, sondern sie hat sich nur dem anpassen, was von den Parteien als rechtsgültig vereinbart ist. Diese Vereinbarungen zu beralgemeinern und zum zwingenden gesetzlichen Recht zu machen, liegt im allgemeinen Interesse, niemals aber die gesetzliche Normierung über den Inhalt der Verträge.

Die kirchengesinnlichen politischen Parteien, die Unternehmensorganisationen, die Handelskammern und nicht zuletzt die Einzel- und Betriebsvereinigungen sind eifrig bemüht, die Angelegenheiten in dem Glauben zu erhehlen, sie seien etwas ganz und gar, ist es besonders diese Massenparteien, die sogenannte Mittelschicht, die von den Parteien verabsäumt wird. Die Gewerbeschützmaßnahme schaffte Spezialgesetze gegen das vom Zweck, die Arbeitslosen von der Arbeitslosigkeit fernzuhalten. Und leider hat sich bisher der größte Teil der Arbeiterbewegung, die vornehmlich geistige Arbeit verrichten, noch nicht zu der Erkenntnis durchgerungen, daß das Kapital gegen sie genau so grausam auftritt, wie gegen die, die mit ihrer Hände Arbeit ihr Brot verdienen, Unfrei-

Die nachden Bahren laffen das Geld nicht so groß er-
fchienen als die wirtliche Schickung. „Wie oft haben Sie
nicht während Ihrer Stettensigkeit um eine Stellung be-
worfen?“ fragte der Kreisverordn. Aus den 520 An-
worten ging hervor, daß die einzelnen 20 bis 200 An-
stellungen abgelehnt hatten. Aufgedem hatten sie von 10
10 bis 100 in 100 an Unlofen beim Stellungungsdien-
st. Ein 56 Jahre alter Bautechniker war 40 Jahre im
Bau und 32 Jahre in seiner letzten Stellung. Er fchrieb:
„Ich bin zurzeit auf die Gnade meiner Kinder angewiefen.“
Ein Architekt, 39 Jahre alt, 29 Jahre in feiner letzten
Stellung, verzeigerte, feit dem 1. Oktober 1912 ohne Stel-
lung wegen Kontus. Ihn füllte es am Notwendigften
um Leben. Ein Baumeifter, 59 Jahre alt, ſitz aber
3 Jahre arbeitslos. Hat bereits das letzte Mitleid verfeh.
Schreibt gelegentlich Aehren. Ein lediger Bauftreiter,
47 Jahre alt, ſitz im April 1912 krank vom Ausland zurück-
gekehrt. Wohnt feit längerer Zeit in der Gegend zu
Hauſe. Ein Architekt, 47 Jahre alt, hat vier Kinder, die
feit Juli 1912 arbeitslos. Würde entlaſſen wegen Arbeits-
mangels. „Stämpfe tagtäglich mit den größten
Schmerzfragen ſowohl als Schwierigkeiten. Habe
durch eine Genijation meine ganze Schen verloren.“ Sehr
bedrückend ſitz die Kultur. „Haben ſich gebildet
Kieftner, der, 30½ Jahre alt, Vater eines Kindes, ſeit
dem 15. Oktober 1910 ſtellungslos ſitz. Er hat 39 Jahre
bei einer preußiſchen Stabmeine angeſtellt und ſich
vor gelübt: „Mei billige Kräfte und Stadtschöne
hat nicht die nötigen. Wir leiden große Not, ſehen
vor der werten Genijation, haben 1450 Mitleid und
leben Kredit verloren. Würde Stellung jeglicher Art
annehmen. Mir leiden ſtändig an Interenärung.“ Ein
ſchulungswartungsführer Architekt, verzeigerte und ſeit
Januar 1918 arbeitslos, ſchrieb: „Da meine Verwandten
nicht gewillt ſind, weitere Mitleid herzugeben, bin ich in ab-
ſchwerer Zeit gezwungen, meinen Familienſtand aufzulöſen.“
Ich ſchickte ſolche dann woſt der Gemeinde zur Laſt.“

Protokolle.

Athensburg 44. — 50, Baugen 6, Burg a. Jesm. — 50,
Sofbik 1, Delfisch 1, Freiburg i. B. 8, Frankfurt a. d. O.
Gommern — 50, Godebsch 2, Oncken 1, Gellstow — 50,
Grimmen 1, Gesehthaus 150, Glagau 2, Gölzow — 50, Grich-
hausen 1, Schl. 3, Heide 150, Hiesche 3, Kitzly 1, Kötlin 2,
Lehm 3, Marlow — 50, Mersburg — 50, Ribben 2, Lemgo — 50,
Lins 1, Lise 2, Orlow 150, Paderborn 1, Pöhl 1, Posen 150,
Pommern 4, Neustadt — 50, Neustadt a. M. — 50,
Dachritz 6, Brenslau — 50, Pirna 4, Plauen 10, Quer-
furt 8, Rottsch 1, Nieder — 50, Reichenbach i. Schl. 1,
Rendsburg 2, Straubung — 50, Strampitz i. E. 15, Schwargen-
berg 1, Silke — 50, Stralund 1, Tangemünde — 50,
Trautmann 1, Tschirnberg 1, Tschirnberg 1, Tschirnberg 1,
Westerhausen — 50, Walsungen 1, Werdaun — 50, Wernigrode 3,
Wien 2, Sebnitz 3.

[illegible][illegible]

Nach beendeter Lehrzeit.

Vom 29. März hielt unsere Damburger Jugend-
abteilung ihre Jungmänner- und Jungfrauen-
feier einiges aus der vom Kollegen Hugo
gehaltenen Festsitzte wieder, die Kollege Fritz Gagenow
stenographisch aufgenommen hat. Seit Jahren, so führte
Kollege Weber aus, sind wir daran gewöhnt, alljährlich um
Zusammenkunft, so einer Feier mit unsern Jungmännern
und Jungfrauen, und meistens eines Abchiedsfestes zu-
für unsere jungen Freunde sein, die zum nächsten Jahre
in der Lehre waren und nun selbständig als Gesellen
leben hinausströmen. Andererseits soll diese Feier ein Werk-
stein für unsere jungen Gesellen sein, die einen wichtigen
Teil ihres Lebens vollendet haben und einen wichtigen Schritt
auf dem Lebenswege gemacht haben. Wir haben die
Schule verlassen und sind nun in der Lage, uns selbst
um unsere jungen Jungmänner vor einigen Jahren zu
verrichten, haben wir sie darauf aufmerksam gemacht, daß
während ihrer Lehrzeit manche Hoffnung getraut
wurde, daß nicht alles in Erfüllung gehe, was in der
Lehre versprochen wurde. Wir haben ihnen gesagt,
daß die Lehrzeit eine Zeit der Anbahnung ist, und diese alle
Binnenworte werden unsere jungen Leute tagtäglich
im eigenen Leben wahrnehmen haben. Darum ist es
verheßen, daß unsere Lehrlinge ebenso selbständig das
Leben der Lehre erwarten, wie sie vor Jahren die Schul-
aufstellung erwartet haben. Frei sein, völlig ungebunden
in der Ausübung der Arbeit, und in der Lage, sich die
Entlohnung der Freizeit soll die Freiheit sein, die sie
sich selbst eingekauft haben. Die Freizeit ist die Zeit, die
müßig ist auch heute wieder Beispiel blauen,
und jetzt wird manches ganz anders kommen, als sich das
unseren jungen Kollegen vorstellen. Bisher haben sie mit
den Eltern haben für die Kosten der Eltern gestiftet,
und wenn auch oftmals manche (Eltern) Beihilfe geleistet,
dann auch manche Arbeitervorteile kaum imstande, die
Lehrzeit das Notwendigste aufzubringen: die Eltern
wird einen Weg gefunden haben, um für den jungen
Mann nach Beendigung der Freizeit haben oder
müssen selbständig werden, die die Hilfe zu erwarten. Die
müssen selbständig werden, müssen hinaus ins Leben

Ein italienischer Steinbrucharbeiter, der früher einmal einen Betriebsunfall erlitten hat und deshalb eine kleine Rente bezieht, erhielt von der Steinbrüchergenossenschaft in Karlsruhe folgendes menschenfreundliche Schreiben:

Steinbruchsgeossenschaft Krefeld, den 31. Juli 1913.
Section II. Kant-Ärzte-Gesetz 26.

An Herrn N. N., Steinbrecher,
in ...

Durch die letzte ärztliche Untersuchung ist festgestellt worden, daß eine erhebliche Verwundung an die Folgen des Unfalles eingetreten ist. Im Alter der durch die Verletzungsmomente des vierten Fingers der linken Hand noch verfallenen Unverletzlichkeit zu befestigen, ist eine Amputation des Fingers unbedingt angezeigt. Wie ich bereits, die Operation auf unser Verlangen, anlassen und erfordern Sie um Mitteilung, wann Sie die Operation nehmen lassen wollen. Wie werden Sie sich dann für kurze Zeit in ein Krankenhaus einweisen.

Der Vorstand: H. Leferenz.

[illegible]

München. Am 5. April fand unsere Quartalsversammlung statt, deren Fortsetzung am 8. April beendete wurde. Vom Zweigvereinsleiter Kollegen Weiser wurde der Passenbericht vom ersten Quartel gegeben und in der Versammlung ohne nennenswerte Diskussion angenommen. Die Versammlung befaßte sich auch mit dem aufzufrieren im Zweigverein. Die Beiträge werden zu jedem Sonntag bei der Versammlung abgeholt; gleichzeitig wird die Zustellung der Verbandsgeldung. Durch die große Beteiligung in der Beitragszahlung gestaltete sich das Ein-

Maulbeiden.

Dr. Zürich.

H. B., Gießenkirchen.

(Gln. aus dem Gelände der im Bau begriffenen Deutschen Holzwerkzeugfabrik legten am 9. März zwischen 400 Stachturen, Stüßer und Hilfskräfte ein Stützgerüst an, weil die Unternehmer sich weigerten, mehr als tariflichen Minimallohn, der für Stachturen 8,750 bei der Organisation, die dem Bau zu betätigen teilnehmende und die Hilfs-Zwangsarbeiter Organisation, die dem Vorgehen der Kollegen nicht in Kenntnis gesetzt. Die Organisation erklärte ausdrücklich, auf jede Unterstützung anlassen eine Ausspäherung der Unternehmer, die dem eine Bedrohungen der Arbeit zu ermöglichen, die die Tätigkeit der Arbeiter war eine Eingriff nach nicht gescheit.

Es sind hierbei nur die „gutstehenden“ Mitglieder berücksichtigt, die nicht durch Beitragsrückstöße die Unterstützungsmittel erschöpfen haben. Beigekoren sind die letzten Jahre 1945 Mitglieder, die beigekoren sind die Fluktuation ist verhältnismäßig gering. Der durchschnittliche Mitgliederstand war 82.998. Mitgliederzuzugänge traten ein im Januar, März und April; die bedeutendsten Zunahmen wiesen die letzten Monate des Jahres auf. Zu Beginn des Jahres bestand der Verband aus 946 Zweigvereinen; nur angeschlossen haben sich 26 Zweigvereine; nur angeschlossen waren 26 Zweigvereine und ein Zweigverein, der aufgelöst haben sich in der Berichtzeit. 1945 waren 957 Zweigvereine und mit anderen verschmolzen fünf, so daß im Jahreshinsicht 957 Zweigvereine verblieben.

mikrofilm
service
münster + essen + köln

gerd gutt KG
otto-hahn-straße 21
postfach 4102 49
4400 münster roxel